



WIR HABEN DIE KRAFT FÜR

**INNERE
SICHERHEIT**

CDU

„Wir wollen, dass sich die Menschen auf unseren Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können.“

Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands



Sicherheit nicht gewährleistet! Das hat uns Rot-Grün hinterlassen

Angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus greifen Äußere und Innere Sicherheit immer stärker ineinander. Rot-Grün hat auf diese veränderte Sicherheitslage nicht angemessen reagiert. Die Einführung einer Antiterrordatei sowie einer erneuten Kronzeugenregelung wurde ebenso verhindert wie die Errichtung einer Visa-Warndatei.

Das haben wir seit dem Regierungswechsel erreicht

Die CDU steht für Freiheit und Sicherheit.

- Antiterror-datei** ■ Mit der zentralen Antiterrordatei hat die CDU ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das terrorismusrelevante Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder miteinander vernetzt.
- Online-Durchsuchungen** ■ Die CDU hat durchgesetzt, dass das Bundeskriminalamt zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden kann. Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen, die unter strengen rechtsstaatlichen Vor-

aussetzungen bei konkreter Gefährdung künftig möglich sind.

- Dem langjährigen Drängen der CDU ist es zu verdanken, dass terroristische Vorbereitungs-handlungen, insbesondere die Ausbildung in einem „Terrorcamp“, nunmehr unter Strafe gestellt sind.
- Ebenso ein Erfolg der CDU ist die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten und anderen schwersten Straftaten, die zum Kernbereich der Organisierten Kriminalität gehören.

**Kronzeugen-
regelung**

Sicherheit gewährleisten! Das haben wir vor

Die Menschen in Deutschland wollen frei und sicher leben. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Denn nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben.

Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. Terrorismus und Extremismus gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Widerspruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den höchsten Werten, die unser Grundgesetz prägen. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Darauf müssen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und

Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren.

Erfolgreiche Sicherheitspolitik

Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist ein Markenzeichen der CDU. Dort, wo die Union regiert, leben die Menschen nicht nur besser, sondern auch sicherer. Die CDU sorgt bestmöglich für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben!

Opferschutz vor Täterschutz

■ Opferschutz geht vor Täterschutz. Der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger Rechnung tragen. Die Bürger müssen vor rückfälligen Straftätern wirksam geschützt werden. Bestehende Lücken bei der Sicherungsverwahrung werden wir daher schließen.

konsequent bestrafen

■ Eine Bagatellisierung von Kriminalität lehnen wir ab. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Hemmschwellen werden so gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und kriminelle Karrieren begünstigt. Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen.

sichtbare Polizei

■ Die CDU setzt sich für eine gut ausgestattete, orts- und bürgernahe Polizei ein. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl – gerade auch der älteren Bürger. Auch Polizisten

werden zunehmend zur Zielscheibe von Gewalt. Sie verdienen unseren Schutz.

■ Wir werden Angebote stärken, die vorbeugend gegen Gewalt- und Kriminalitätskarrieren oder das Ableiten in Extremismus wirken. Wir setzen uns dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die Anordnung eines „Warnarrests“ möglich ist. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zum 21. Lebensjahr die Anwendung des Erwachsenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen. Wir treten dafür ein, Fahrverbote oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktionen im Jugendstrafrecht zu verankern.

■ Wir treten für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen Kinderpornografie und andere Formen der Internet-Kriminalität ein, auf internationaler Ebene wollen wir die Zusammenarbeit ausbauen. Das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die entsprechenden Einrichtungen der Länder sind hierfür personell und technisch weiter zu stärken. Die Bemühungen um die Aufklärung der Nutzer und die Verbesserung der Medienkompetenz müssen intensiviert werden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

■ Zum Schutz von Kindern vor Verwahrlosung oder Misshandlung wollen wir ein wirksames Netz früher Hilfen knüpfen und Kooperationen zwischen Gesundheitswesen mit Ärzten und Hebammen über die Kinder- und Jugendhilfe bis zu Kindergärten, Schulen, der Polizei und

Kriminalität vorbeugen

Internet kein rechtsfreier Raum

Kinderschutz

der Justiz herstellen. Kindesmissbrauch soll grundsätzlich wieder als Verbrechen bestraft werden.

- Zur Abwehr der Gefahren durch Terrorismusverdächtige und durch kriminelle Ausländer wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Wir wollen eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei errichten, um Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen.

Heimatschutz

- Zur Stärkung des Heimatschutzes will die CDU den Einsatz der Bundeswehr im Inneren in besonderen Gefährdungslagen ermöglichen. Ergänzend zur Polizei von Bund und Ländern soll die Bundeswehr ihre besonderen Fähigkeiten bei der Bewältigung von terroristischen Gefahren und im Katastrophenschutz im Rahmen festgelegter Grenzen einbringen können. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.

Katastrophenschutz

EUROPOL

- Wir werden die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen der EU weiter ausbauen. EUROPOL muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung weiter entwickelt werden.

wehrhafte Demokratie

- Wir treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine

Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen.

Die CDU steht für eine Politik der Inneren Sicherheit, die sich den Bedrohungen von Freiheit und Recht durch den internationalen Terrorismus, durch die Organisierte Kriminalität und durch den Extremismus entschieden entgegenstellt.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und
Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de
www.cdu.de | 10/0809 | Bestell-Nummer: **5627**

Fotografie Merkel: Andreas Herzau

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters "CDU" in a bold, red, sans-serif font, set against a white rectangular background.